



## Unternehmensfinanzierung

### AKTUELL

1. Dezember 2021

### Inhalt/Überblick

Trotz des Wachstumskurs der vergangenen Monate trübt sich der konjunkturelle Ausblick für das Winterhalbjahr 2021 gegenwärtig wieder ein. Die sprunghaften Infektionszahlen, anhaltende Lieferengpässe sowie Preissteigerungen sorgen weiter für Unsicherheit.

2

Ungewissheit macht sich auch in vielen Unternehmen breit, die weiter auf Sicht fahren und zurückhaltend investieren. Gleichwohl ist weder eine Insolvenzwelle zu erwarten noch zeigen sich gegenwärtig negative Veränderungen bei der Risikolage der Banken.

4

Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten verharrt weiter auf einem niedrigen Niveau, obgleich die Zugangsbedingungen und Kreditvergabe weiter unproblematisch sind. Ein deutlicher Anstieg scheint vorerst nicht in Sicht.

6

Das jüngst von der Europäischen Kommission vorgelegte Bankenpaket enthält wichtige Umsetzungen bankenaufsichtlicher Regelungen. Ohne Anpassungen bei den anstehenden Verhandlungen drohen negative Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung.

9

Die Dynamik bei nachhaltiger Finanzierung wächst beständig und Banken wie Unternehmen spielen bei der Transformation der Wirtschaft eine zentrale Rolle. Hierfür sind politische Richtungsentscheidungen und richtige Rahmenbedingungen essenziell.

10

## Konjunkturelle Entwicklung in Deutschland

### ***Nachholeffekte haben zu kräftigem Wachstum im dritten Quartal 2021 geführt...***

In den zurückliegenden Sommermonaten hat die deutsche Wirtschaft ihre im Frühjahr 2021 wieder aufgenommene Erholung eindrucksvoll fortgesetzt. Im dritten Quartal dieses Jahres ist das Bruttoinlandsprodukt um 1,7 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen, nachdem bereits im zweiten Quartal 2021 ein kräftiger Anstieg des Wachstums verzeichnet wurde (+2,0 % ggü. dem Vorquartal). Nachholeffekte bei den privaten Konsumausgaben (+6,2 % ggü. dem Vorquartal), vor allem im Dienstleistungssektor, haben das Wachstum im dritten Quartal 2021 maßgeblich getragen.

### ***...doch Lieferengpässe und Unsicherheiten durch die Pandemie trüben die konjunkturellen Aussichten deutlich***

Allerdings hat sich bereits im Verlauf des dritten Quartals 2021 abgezeichnet, dass die Nachholeffekte an Schwung verlieren. Mobilitätsdaten zeigen für Oktober und November 2021 geringere Aktivitäten bei den Geschäfts- und Restaurantbesuchen. Die zuletzt deutlich gestiegenen Infektionszahlen führen zu einer erkennbaren Zurückhaltung der Konsumenten. Diese Entwicklung wird sich durch den in einigen Ländern faktisch verhängten Lockdown für Ungeimpfte weiter zuspitzen.

Die aktuelle Preisentwicklung, besonders die steigenden Energiekosten, wirkt sich ebenfalls dämpfend auf den privaten Konsum aus. Im November 2021 wurde in Deutschland sogar eine Inflationsrate von 5,2 % erreicht. Im Dezember 2021 könnte dieser Wert sogar noch leicht übertroffen werden.

Im Industriesektor ist die Stimmung bereits deutlich getrübt. Aufgrund der andauernden Materialknappheiten und Lieferengpässen ist die Produktion im verarbeitenden Gewerbe im dritten Quartal 2021 um -2,4 % zurückgegangen (ggü. dem Vorquartal). Da es voraussichtlich nicht zu einer zeitnahen Entspannung der Material- und Lieferengpässe kommen wird, ist auch für das vierte Quartal 2021 kein Wachstumsschub aus dem Industriesektor zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund wird das Wirtschaftswachstum im vierten Quartal 2021 deutlich an Fahrt verlieren. Aus heutiger Sicht ist allenfalls mit einem geringfügigen Plus gegenüber dem Vorquartal zu rechnen. Für das gesamte Jahr 2021 haben wir unsere Wachstumsprognose für Deutschland von 3,3 % auf 2,7 % gesenkt.

### ***Ausblick für 2022 mit großen Unsicherheiten behaftet***

Die deutsche Wirtschaft wird voraussichtlich auch ohne großen Schwung in das kommende Jahr starten. Für die weitere Entwicklung kommt es dann entscheidend darauf an, dass die Unsicherheiten durch die Pandemie nachhaltig sinken und die Material- und Lieferengpässe allmählich überwunden werden. Aktuelle Prognosen erwarten eine Erholung ab dem Frühjahr 2022. Unsicherheiten führen allerdings dazu, dass die Prognosespanne für das kommende Jahr vergleichsweise groß ist. Die hohen Auftragsbestände könnten bei einem Rückgang der Materialengpässe für einen deutlichen

Wachstumsschub der deutschen Wirtschaft sorgen. Der Bankenverband rechnet aus heutiger Sicht mit einem Wirtschaftswachstum von rund 4,3 % für das Jahr 2022.

### ***Preisentwicklung beeinflusst die konjunkturelle Erholung***

Der Konjunkturverlauf im kommenden Jahr wird auch maßgeblich von der weiteren Preisentwicklung abhängen. Durch den Wegfall statistischer Basiseffekte (bspw. Rücknahme der temporären Mehrwertsteuersenkung und CO<sub>2</sub>-Abgabe zum Jahresbeginn) wird die Teuerungsrate zu Beginn des Jahres 2022 wieder sinken. Personalknappheiten und Lieferengpässe könnten allerdings länger andauern als ursprünglich erwartet und die Preisentwicklung weiter antreiben. Diese Unsicherheiten prägen derzeit den Prognoseausblick besonders. Die Inflationsprognose des Bankenverbands für den Jahresdurchschnitt 2022 in Deutschland liegt aus heutiger Sicht bei 2,5 bis 3 %. Ein ähnliches Bild wird für den Euroraum vorhergesagt. Dort dürfte die Inflationsrate im kommenden Jahr mit rund 2,5 % über der mittelfristigen Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB) verharren.

### ***Strukturelle Effekte erhöhen auch den mittelfristigen Preisdruck***

Entscheidend für den längerfristigen Inflationstrend werden die Lohnverhandlungen im nächsten Jahr sein. In dem Maße, wie sich die hohen Inflationsraten derzeit verfestigen, steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass die künftigen Lohnrunden höher ausfallen, zumal in Deutschland mit dem Regierungswechsel eine kräftige Anhebung des Mindestlohns bevorstehen könnte und viele Unternehmen über Fachkräftemangel klagen. Bedenkt man darüber hinaus mögliche strukturelle Inflationseffekte durch den demografischen Wandel, den gerade erst einsetzenden Umbau von Produktions- und Lieferketten sowie mögliche Zusatzkosten durch die Transformation der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit, spricht sehr vieles dafür, dass die Teuerungsrate nicht auf ihr Vorkrisenniveau zurückfallen, sondern sich mittelfristig auf einem höheren Niveau einpendeln wird.

Die EZB sollte die deutlich gestiegenen Preisrisiken daher ernst nehmen. Dazu gehört es, dass sie ihre grundsätzliche Reaktionsbereitschaft bekundet und jetzt einen Weg für den Ausstieg aus dem geldpolitischen Krisenmodus aufzeigt. Dies beinhaltet nicht nur ein Ende des umfangreichen Pandemiekaufprogramms (PEPP), sondern auch eine Perspektive für den Ausstieg aus der Negativzinspolitik.

## Lage der Unternehmensfinanzierung

Die deutsche Wirtschaft ist in Gänze bisher solide finanziert durch die Corona-Pandemie gekommen und blickt trotz der gegenwärtig noch anhaltenden Ungewissheiten bzgl. der Infektionsentwicklungen und den Material- und Lieferengpässen entlang der gesamten Wertschöpfungskette verhalten positiv in die kommenden Monate.

### ***Trotz positivem Ausblick noch keine Entwarnung...***

Weiterhin existieren erhebliche Unterschiede bei der Branchenbetrachtung: während beispielsweise die Baubranche in den vergangenen eineinhalb Jahren mit steten Zuwächsen rechnen konnte und kein Ende des Booms in Sicht zu sein scheint, sind einzelne Sektoren, darunter Messen, Tourismus und Gastronomie, noch weit entfernt von einer Normalisierung, was angesichts der anziehenden Zugangsbeschränkungen in den kommenden Monaten noch zunehmen könnte. Insbesondere kleine Unternehmen weisen vereinzelt erste Eigenkapitallücken auf. Hinzu gesellt sich seitens der meisten Unternehmen die Sorge, wie stark es angesichts der steil wachsenden Infektionszahlen sowie der neuen Virusvariante Omikron in den kommenden „indoor“-Monaten erneut zu Einschränkungen der wirtschaftlichen Tätigkeit kommen wird. Entsprechend kann gegenwärtig noch nicht von einer Überwindung der Krise gesprochen werden, zumal wichtige Informationen (z. B. bezüglich der noch ausstehenden Geschäftsabschlüsse 2020) noch nicht vorliegen und die ersten Tilgungen der Corona-Hilfen erst noch bevorstehen. Ein breiter Anstieg der Zahlungsausfälle ist zwar nicht zu erwarten, doch könnten die kommenden Monate für einige Unternehmen brenzlig werden.

Ausgebremst sind nach wie vor die Investitionstätigkeiten der Unternehmen, unter anderem bedingt durch die weiterhin verbreitete Unsicherheit bzw. die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen. Über sämtliche Segmente hinweg – aber schwerpunktmäßig im Mittelstand – ist ein Abbruch, Aufschub oder zumindest eine Verzögerung ursprünglich angedachter Investitionen zu verzeichnen, unter anderem auch, um die finanzielle Ausstattung in Krisenzeiten nicht zu gefährden. Laut Analysen des Statistischen Bundesamtes hat die deutsche Industrie im vergangenen Jahr knapp 14 % weniger investiert als im Vorjahr. Einzige Ausnahme war die Chemiebranche mit einem Zuwachs der Investitionen um knapp 4 %, während beispielsweise Maschinenbau und Automotive die Ausgaben um etwa ein Fünftel reduziert haben. Zudem hat sich laut Berechnungen des KfW-Mittelstandspanels zufolge die durchschnittliche Investitionshöhe im Mittelstand um fast ein Viertel reduziert, während sich der Investorenanteil in allen Segmenten, insbesondere auch bei kleineren Unternehmen, erhöht hat.

### ***...auch wenn weiterhin keine Insolvenzwelle zu erwarten ist...***

Weiterhin nur geringe Aussagekraft enthalten die aktuellen Zahlen zu Unternehmensinsolvenzen: laut aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind diese um -2 % zum Vormonat bzw. -15,8 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurückgegangen. Eindrücklich ist mit knapp -40 % der Rückgang zum Vergleichsmonat vor der Pandemie (August 2019). Zwar sind die Zahlen im Referenzmonat Oktober 2021 leicht gestiegen, liegen aber im Vergleich zum Vorjahresmonat immer noch deutlich unter den ohnehin schon niedrigen Werten (-14 %). Das Ausbleiben einer Trendumkehr lässt sich immer

weniger mit den Nachwirkungen der bis Ende April dieses Jahres ausgesetzten Insolvenzantragspflicht erklären. Vielmehr dürften die verlängerten Bearbeitungszeiten in den Gerichten sowie der deutliche Rückgang bei Gewerbeanmeldungen Gründe dafür sein, dass die Insolvenzentwicklungen deutlich unter den Erwartungen liegen.

### ***...und die Risikolage der Banken entspannt bleibt***

Nach wie vor sind in den deutschen Banken keine negativen Veränderungen bei den Volumen ausfallgefährdeter Kredite ersichtlich. Auch wenn es in der Zukunft zu einem Anstieg von Unternehmensinsolvenzen käme, wären die Banken gut gerüstet. Zum einen haben sie ihre Kapitalpuffer deutlich erhöht, zum anderen haben sie sich durch eine höhere Risikovorsorge für mögliche Ausfälle gewappnet. Vielmehr lassen sich mittlerweile sogar – unter anderem ausweislich der bisherigen Quartalsergebnisse der Banken (nicht nur in Deutschland, sondern in Europa generell) – Verbesserungen erkennen. So haben nunmehr viele Banken weniger zusätzlich Risikovorsorge für ausfallgefährdete Kredite bilden müssen als noch im Vorjahr.

### ***Hilfsprogramme waren die richtige Medizin...***

Grund für die bisher insgesamt „milden“ Corona-Symptome der deutschen Wirtschaft sind in erster Linie die in ihrer Geschwindigkeit, Breite und Volumen einzigartigen Unterstützungsmaßnahmen von Bund, Länder und Förderanstalten. Neben den steuerlichen Anreizen (Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes) und der breiten Anwendung arbeitspolitischer Maßnahmen (Kurzarbeit) erhielten betroffene Unternehmen jedweder Branche, Geschäftsmodell oder Größenklasse mittels der Corona-Hilfen unkompliziert und schnell Zuschüsse oder Kredite, die im besten Fall weder benötigt noch abgerufen wurden.

Anhand der KfW-Liquiditätshilfen, die mit einem Volumen von über 54 Mrd. Euro den zweitgrößten Posten in den Unterstützungsmaßnahmen ausmachen, lässt sich deutlich die Relevanz der Hausbanken bei der Krisenbewältigung ablesen: Die Hilfskredite aus dem KfW-Sonderprogramm wurden ausschließlich durch das bewährte Durchleitungsprinzip über die Hausbank an die betroffenen Unternehmen ausgegeben, schwerpunktmäßig (zu 95 %) mittels Krediten bis 800.000 Euro, wovon insbesondere kleine und mittlere Unternehmen profitierten. Eine maßgebliche Rolle kommt in diesem Zusammenhang den privaten Banken zu, die seit Beginn der KfW-Hilfsprogramme knapp 37 % des Gesamtvolumens bei 16 % der Anträge im Durchleitgeschäft ausgegeben haben. Sie waren und sind besonders stark bei großvolumigen Krediten und Konsortialprogrammen, haben aber auch knapp jeden dritten Schnellkredit vermittelt.

### ***...doch wie lange muss sie noch verabreicht werden?***

In Zahlen ausgedrückt: insgesamt wurden bisher knapp 4 Mio. Anträge mit einem Volumen von knapp 126 Mrd. Euro auf Unterstützung durch die verschiedenen Zuschuss- und Kreditprogramme des Bundes gestellt – dies entspricht immerhin 3,8 % des bundesdeutschen BIP im Jahr 2020 (nicht eingerechnet sind die etwa 40 Mrd. Euro für Kurzarbeit). An den Antrag- bzw. Abrufzahlen lässt sich der „Krankheitsverlauf“ gut nachvollziehen: während zu Beginn der Pandemie die Kreditnachfrage – angespornt aufgrund

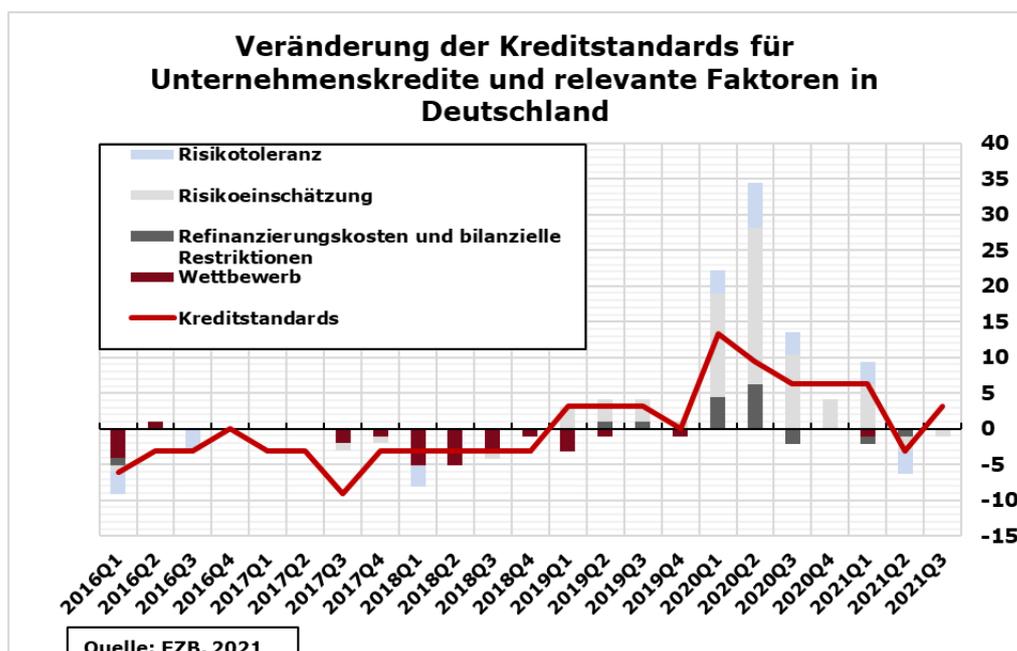
günstiger Konditionierungen und Haftungsfreistellungen – steil anstieg, dominieren seit der zweiten und dritten Corona-Welle die direkten und nicht rückzahlbaren Zuschüsse des Bundes wie zum Beispiel die November-/Dezemberhilfe (über 14 Mrd. Euro Volumen bei knapp 750.000 bewilligter Anträge) oder die Überbrückungshilfe III (bisher 22 Mrd. Euro Volumen bei knapp 450.000 bewilligter Anträge).

Aufgrund der Infektionsdynamik hat der Bund jüngst beschlossen, die Corona-Wirtschaftshilfen vorerst bis 31. März 2022 zu verlängern. Es ist zu erwarten, dass analog dazu auch die KfW-Liquiditätshilfen, die ursprünglich zum 31. Dezember 2021 ausgelaufen wären, nochmals verlängert werden. Vorweg hatte die Europäische Kommission bereits das beihilferechtliche Rahmenwerk („temporary framework“) um sechs Monate bis 30. Juni 2022 verlängert und einzelne Schwellenwerte erhöht, auf denen die deutschen Unterstützungsmaßnahmen basieren. Unbenommen davon ist ein entschlossener Fokuswechsel hin zur Finanzierung der nachhaltigen und digitalen Transformation nötig. Hierfür sind richtig kalibrierte, gezielte Förderprogramme neben der konventionellen Kreditvergabe und der Finanzierung über den Kapitalmarkt entscheidend, bei denen auf die guten Erfahrungen aus der Kalibrierung der Unterstützungsprogramme zurückgegriffen werden sollte. Eine weitere Analyse der Corona-Maßnahmen finden Sie [hier](#).

## Kreditvergabe und -bedingungen für Unternehmen

### *Kreditzugang und -standards bleiben stabil...*

Die Kreditstandards deutscher Banken für die Vergabe von Unternehmenskrediten haben sich laut der von der EZB im Rahmen des Bank Lending Surveys turnusmäßig befragten Banken im dritten Quartal 2021 zwar leicht verschärft, doch prognostizieren die Banken für das vierte Quartal 2021 eine erneute Lockerung.



Treiber der Verschärfung war zuletzt die höhere Risikoeinschätzung der Banken zur gesamtwirtschaftlichen und firmenspezifischen Lage und allgemein schwächere Wachstumsprognosen in Deutschland für Ende des Jahres. Zudem zeigen sich die Banken besorgt, dass die EZB-Ankaufprogramme (APP, PEPP) zwar die Refinanzierungsbedingungen verbessern, aber gleichzeitig aufgrund des zinsenkenden Effekts die Ertragslage der Banken negativ beeinflussen, ohne dabei einen großen Beitrag zum Kreditwachstum zu leisten.

### ***...aber die Nachfrage nach Krediten bleibt verhalten***

Bankseitig wird mit Blick auf das vergangene Quartal 2021 eine Zunahme der Kreditnachfrage konstatiert, die in Deutschland mit +6,25 % stark, in der Eurozone mit +1,58 % mäßig ausfällt. Auffallend ist die wachsende Nachfrage nach Investitionskrediten, die gleichwohl trotz der weiterhin als sehr gut eingeschätzten Rahmenbedingungen enttäuschen und ein weiterer Beleg für die durch Unsicherheit geprägte Zurückhaltung bei Investitionen darstellt. Insgesamt bleibt somit die Nachfrage aus Sicht der Banken zurückhaltend.

Auch die KfW kommt in ihrer gemeinsam mit dem ifo Institut erstellten Kredithürde zur Schlussfolgerung, dass die Kreditnachfrage seitens mittelständischer und großer Unternehmen deutlich ins Stocken geraten ist, nicht zuletzt da die Unternehmen im letzten Jahr einen hohen Liquiditätsvorrat aufgebaut haben. Entsprechend hat die Anzahl der Unternehmen in Kreditverhandlungen abgenommen. Rückblickend auf das vergangene Quartal sehen insbesondere KMU eine Verschärfung der Kreditvergabe, wobei diese noch deutlich unter den Höchstständen von Anfang 2021 rangieren.

Entsprechend ist auch bei den ausstehenden Kreditvolumen von Unternehmen und Selbstständigen im dritten Quartal 2021 noch keine fulminante Trendumkehr erkennbar (vgl. Grafik auf der folgenden Seite): Zwar ist das Volumen sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch zum Vorquartal etwas angestiegen, liegt aber in Gänze noch deutlich unter den Volumina der vergangenen Jahre. Diese Zahlen belegen anschaulich, dass die Nachfrage nach Fremdkapital trotz historisch niedriger Zinssätze auf einem niedrigen Niveau verharret, da Unternehmen derzeit noch mit ausreichend Finanzierungsmittel ausgestattet sind. Während die Nachfrage nach kurzfristigen Krediten weiter zurückgeht, sind langfristige Kredite weiter auf Wachstumskurs – ein mögliches Zeichen sowohl für den Investitionsbedarf vieler Unternehmen als auch den ungebrochenen Bedarf nach Unternehmenskrediten für den Wohnungsbau.

Für die privaten Banken ist das ausstehende Volumen im Vergleich zum Vorjahr im dritten Quartal dieses Jahres in Folge rückläufig. Erklärbar ist dies durch den anhaltenden Effekt der in der ersten Pandemiewelle sprunghaft angestiegenen Kreditnachfrage, der – gekoppelt mit Unsicherheit – die Nachfrage bremst. Immerhin ist das negative Wachstum sowohl in der Jahres- und Quartalsbetrachtung rückläufig, sodass eine Normalisierungstendenz möglich erscheint. Ebenfalls abgemildert sind die Rückgänge bei Großbanken (Entwicklung zum Vorquartal: 0,0 %, zum Vorjahr: 1,0 %) und Auslandsbanken (Vorquartal: 0,2 %, Vorjahr: -7,3 % nach -13,4 % in Q2).

## Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige (Ohne Wohnungsbau sowie ohne Finanzierungsinstitutionen und Versicherungen)

Quartal	Insgesamt*	Kredit- banken	Spar- kassen	Landes- banken	Kredit- genossen
<b>Stand Quartalsende in Mrd. €</b>					
Q1/2020	1.000,52	306,02	284,67	116,35	204,36
Q2/2020	1.015,06	309,15	287,96	115,41	206,63
Q3/2020	1.008,45	296,74	290,47	113,00	209,72
Q4/2020	1.004,14	289,98	292,00	109,75	211,86
Q1/2021	1.023,52	296,39	294,22	116,00	215,39
Q2/2021	1.010,26	288,76	295,18	108,04	216,83
Q3/2021	1.016,73	286,55	297,40	110,38	220,26
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)</b>					
Q1/2020	5,7	5,4	4,3	2,5	5,2
Q2/2020	5,2	3,0	4,4	1,2	4,6
Q3/2020	4,2	0,9	4,2	-1,7	4,9
Q4/2020	3,6	-1,4	4,0	-3,5	5,3
Q1/2021	2,3	-3,1	3,4	-0,3	5,4
Q2/2021	-0,5	-6,6	2,5	-6,4	5,0
Q3/2021	0,8	-3,4	2,4	-2,3	5,0
<b>Nachrichtlich: Veränderungen gegenüber Vorquartal (in %)</b>					
Q1/2020	3,2	4,1	1,4	2,3	1,6
Q2/2020	1,5	1,0	1,2	-0,8	1,1
Q3/2020	-0,7	-4,0	0,9	-2,1	1,5
Q4/2020	-0,4	-2,3	0,5	-2,9	1,0
Q1/2021	1,9	2,2	0,8	5,7	1,7
Q2/2021	-1,3	-2,6	0,4	-6,9	0,7
Q3/2021	0,6	-0,8	0,7	2,2	1,5

\*Zum Berichtskreis gehören zusätzlich Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben.

Quelle: Deutsche Bundesbank, November 2021.

## **Auswirkungen des EU-Bankenpakets auf die Unternehmensfinanzierung**

Ende Oktober 2021 hat die Europäische Kommission Legislativvorschläge zur Änderung der wichtigsten bankaufsichtlichen Regelungstexte veröffentlicht („Bankenpaket“). Kernbestandteil dieses Gesetzgebungsvorhabens ist die Umsetzung der reformierten Baseler Standards (bekannt unter dem Begriff Basel IV) in EU-Recht. Diese legen insbesondere fest, wieviel Eigenkapital Banken für ihre jeweiligen Geschäfte vorhalten müssen. Somit wirken sich die Vorgaben unmittelbar auf die Unternehmensfinanzierung aus. Anstiege der Kapitalanforderungen lassen bankseitig die Kosten für die Vergabe von Krediten oder auch die Bereitstellung von Derivaten, Kreditlinien, Garantien für Unternehmen und Handelsfinanzierungen steigen. Dies kann sich wiederum negativ auf die Verfügbarkeit der entsprechenden Finanzierungen und Instrumente für Bankkunden auswirken.

## **Anstehende Verhandlungen entscheiden über die konkrete Ausgestaltung**

Die Vorschläge der Kommission werden aktuell vom EU-Ministerrat und vom Europäischen Parlament geprüft und anschließend im sogenannten Trilogverfahren verhandelt. Die Beratungen werden wahrscheinlich bis Ende 2023 andauern. Die neuen Vorschriften sollen dann ab 2025 gelten. Allerdings sind in einigen wichtigen Bereichen temporäre Erleichterungen vorgesehen, die teils bis 2029, teils bis 2032 Bestand haben sollen. Diese betreffen insbesondere die Kreditvergabe an bonitätsstarke Unternehmen ohne Rating einer anerkannten Ratingagentur, aber auch die Bereitstellung von Kreditlinien und Derivaten. Hiermit würden die Anstiege der Kapitalanforderungen zwar vorübergehend gedämpft. Allerdings hat die Vergangenheit gezeigt, dass Übergangslösungen in der Regel dazu führen, dass Banken die endgültigen Anforderungen aufgrund entsprechender Erwartungen des Marktes de facto wahrscheinlich früher erfüllen müssen. Es steht daher zu befürchten, dass Übergangsregelungen die negativen Auswirkungen vermutlich nur unzureichend abmildern werden. In den Bereichen der gewerblichen Immobilienfinanzierung und der Bauträgerfinanzierungen sowie Komplettanierungen sind bisher kaum EU-spezifische Anpassungen der Standards vorgesehen. Hier würden die Anstiege der Kapitalanforderungen und die damit einhergehenden negativen Effekte auf Bankkunden besonders deutlich ausfallen. Dies gilt in gleicher Weise für gängige Instrumente der Handelsfinanzierung wie etwa Akkreditive und für Erfüllungsgarantien, was angesichts der hohen Außenhandelstätigkeit der deutschen Wirtschaft von besonderer Bedeutung ist.

Da die Verhandlungen zu dem Gesetzentwurf gerade erst beginnen, sind Änderungen des Gesetzeswerkes im Verlauf des Prozesses möglich. Die Schlüsselfrage wird sein, ob und mit welcher Frist die zentralen Erleichterungen beibehalten werden. Es steht allerdings nach wie vor zu befürchten, dass es für viele Banken letztendlich schon ab 2025 zu Mehrbelastungen in einigen Geschäftszweigen kommt und die drängenden Fragestellungen nur bis 2030 aufgeschoben wurden.

## Unternehmensfinanzierung und Sustainable Finance

### *Finanzierung der nachhaltigen Transformation rückt in den Fokus ...*

Sustainable Finance bedeutet für Unternehmen und Banken gleichermaßen eine große Herausforderung – aber auch eine riesige Chance. Die Dynamik bei nachhaltiger Finanzierung wächst und bereits jetzt wirkt sich der Klimawandel auf Banken und deren Geschäfte aus. Dabei kommt ihnen eine wichtige Funktion bei der Finanzierung der Wirtschaft und der Lenkung der Kapitalflüsse zu:

- Angesichts der integralen Bedeutung der Kreditfinanzierung (etwa 70 %) sowie eines geschätzten Investitionsbedarf für den nachhaltigen Umbau der europäischen Wirtschaft von jährlich 350 Mrd. Euro funktioniert die Transformation nur mit Banken.
- Politisch, gesellschaftlich und seitens der Investoren wird von Banken ein mit den Pariser Klimazielen im Einklang befindliches Verhalten verlangt und abweichendes Verhalten zunehmend öffentlich angeprangert. Banken haben ein starkes Interesse daran, wachsende Anteile ihres Geschäftes mit Krediten bzw. Anlagen in nachhaltigen Vermögensgegenständen darzustellen.
- Auch aus einem Risikoblickwinkel betrachtet sind Ertragskraft und Marktwert der Vermögenswerte entscheidend, sprich nicht-nachhaltige („stranded“) Assets können zu plötzlichen Wertberichtigungen oder gar Abschreibungen führen.

### *...und bedarf richtige Rahmenbedingungen für die beteiligten Akteure*

Sustainable Finance wird zu einer evolutionären Veränderung der Mittelstandsfinanzierung gleich welcher Unternehmensgröße oder -branche führen. Dabei sind unter anderem folgende Rahmenbedingungen zu beachten:

- Ein angemessener CO<sub>2</sub>-Preis ist der zentrale Mechanismus, um Externalitäten in den wirtschaftlichen Prozess zu internalisieren, ebenso ein passender ordnungspolitischer Rahmen. Ergänzt wird dies durch die klassische, an den Klimazielen ausgerichtete Kreditvergabe durch Banken.
- Insbesondere staatliche Förderbanken wie die KfW haben eine Vorreiterrolle, die möglichst schnell ausgefüllt werden muss. Essenziell ist aber auch die zeitlich befristete, weitere Unterstützung von transitionalen Technologien sowie Angebote zur verwendungszweckunabhängigen Transformation.
- Insbesondere in Bezug auf kleine und mittlere Unternehmen sind verhältnismäßige Vorgaben erforderlich, da andernfalls neue Verpflichtungen und Offenlegungen zu einer unzumutbaren Belastung führen würde.

[Hier](#) geht es zum Sustainable Bericht der privaten Banken 2021.